MITTE MANG

DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Oktober 2020

Ohne Frieden ist alles nichts …

Demo zum Antikriegstag 1.9.2020, wir waren dabei *Foto Reinhard Schwandt*

***Redaktionsschluss** für die November-Ausgabe:*
Freitag, 30.10.2020

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!
Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Nachruf Christine Wolfram	S. 2
Streiks im öffentlichen Dienst	S. 4
Veranstaltungen	S. 5
Bericht BMVn September/Oktober	S. 6
Krankenhaus Groß Sand bleibt	S. 7
Paulihaus	S. 8
Fraktionsklausur	S. 9
Polizei und Corona	S. 10
Termine / Kontakt	S. 11
Anhang: Aufruf Quo vadis? (Netzausgabe)	

Nachruf für Christine Wolfram

Sieh, dass du Mensch bleibst. Mensch sein ist von allem die Hauptsache. Und das heißt fest und klar und heiter sein, ja heiter, trotz alledem (Rosa Luxemburg)

»Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren« das war das Motto von Christine Wolfram. Die aktive Wilhelmsburger Linken-Politikerin ist in der Nacht zum 12.09. im Alter von 66 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit gestorben.

Wilhelmsburg verliert damit eine langjährige Stadtteilpolitikerin und die Partei DIE LINKE sowie ihre Bezirksfraktion in Hamburg-Mitte eine engagierte Kämpferin für eine soziale, solidarische und grüne Elbinsel! Christine lebte seit ihrer Kindheit in Wilhelmsburg. Sie hat sich ihr Leben lang gegen die Zerstörung der Umwelt, wie zum Beispiel die Vernichtung von Biotopen und Kleingärten, Baumfällungen oder die Planung einer neuen Autobahn und für soziale Lebensbedingungen eingesetzt. Ein besonderes Anliegen war ihr drüber hinaus der tägliche Kampf gegen den Faschismus.

Christine war keine Politikerin der großen Worte, sie war eine Macherin in all ihren zahlreichen Ämtern. Im Rahmen des Sozialverbandes und des Hamburger Sozialforums engagierte sie sich 2003 u.a. gegen die Einführung der Hartz IV-Reformen. In der LINKEN war sie seit der Gründung aktiv. Sie war lange Zeit Mitglied im Bezirksvorstand, Schatzmeisterin und auch Revisorin, Mitglied im Regionalausschuss, im Unterbauausschuss und im Stadtteilbeirat Wilhelmsburg/Veddel. Sie war aktives Mitglied in der AG Betrieb & Gewerkschaft sowie jüngst in der AG Seniorenpolitik. Seit Mai 2019 war sie Abgeordnete in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte. Hier arbeitete sie erneut in ihrem Fachbereich im Jugendhilfeausschuss mit. Über das parteipolitische Engagement hinaus war sie jahrelang ehrenamtliche Richterin beim Sozialgericht Hamburg, Mitglied und Schatzmeisterin der Marxistischen Abendschule Wilhelmsburg und aktive „Schreberrebellin“ im Kleingartenverein.

Beruflich war sie bis 2008 bei der LBK GmbH als Verwaltungsangestellte in der Buchhaltung beschäftigt. Als der Landesbetrieb Krankenhäuser an Asklepios verscherbelt wurde, nahm sie ihr Rückkehrrecht wahr und arbeitete in verschiedenen Bezirksämtern. Dort lernte sie die Not der Menschen auch in der Praxis kennen, unter anderem von 2011 bis Ende 2017 in der Jugendberufsagentur Harburg, Dort kümmerte sie sich nicht nur um die sozialen Belange der jungen Menschen, sondern sie engagierte sich

als Personalrätin und in der Schwerbehindertenvertretung auch für die Arbeitsbedingungen ihrer Kolleginnen und Kollegen. Seit Januar 2018 war sie im Ruhestand und hat sich voll und ganz ihrer politischen Arbeit gewidmet.

Ihr unermüdliches Engagement, ihre große Hilfsbereitschaft und ihre herzliche Art, mit der sie allen Menschen begegnet ist, werden uns schmerzlich fehlen.

Die Stadtteilgruppe DIE LINKE Wilhelmsburg/Veddel

Zur Erinnerung an Christine Wolfram veranstaltet die Bezirksfraktion DIE LINKE Hamburg-Mitte zusammen mit dem Bezirksverband und der BO Wilhelmsburg/Veddel am Sonntag, den 25.10 15:00 in der Alevitischen Gemeinde (Nobistor 33) eine Gedenkfeier. Last uns gemeinsam von Christine Abschied nehmen.

Die Trauerfeier für Christine fand bereits am 25. September auf dem Friedhof Finkenriek direkt an der Süderelbe statt. Nicht alle Trauergäste fanden Platz in der dortigen Kapelle. Die Trauerrede unserer Genossin Kersten Artus würdigte Christine in angemessener Weise und ohne christliches Brimborium.

Wer es bisher versäumt hat, ist immer noch herzlich eingeladen, im Sinne von Christine anstelle von Blumen oder Kränzen eine Spende für den Kinderbauernhof Kirchdorf Süd zu leisten:
https://kibaho.com/index.php/spenden

Der Nachruf ist auch im „Neuen Ruf“ erschienen.

Wir halten den Laden am Laufen .... jetzt seid Ihr dran!

So das Motto der Tarifrunde Bund und Kommunen

Bild vom 24.9.2020: Verdi demonstriert auf dem Jungfernstieg für höhere Gehälter. (Foto: ver.di)

Nachdem die zweite Verhandlung am 20.09.20 ergebnislos beendet worden ist, hat ver.di bundesweit Aktionen und Warnstreiks begonnen. In Hamburg starteten am 24.9. knapp 300 KollegInnen mit einer kämpferischen Frühstückspause die Warnstreikphase.

Für Verärgerung und Enttäuschung sorgt vor allem, dass die Arbeitgeber offenbar versuchen, die Verhandlungen zu verschleppen und bisher kein Angebot vorgelegt haben. Sie scheinen darauf zu setzten, dass die Beschäftigten infolge der Pandemie nicht streikbereit sind. Das Gegenteil ist der Fall: Diejenigen, die (nicht nur) während der Pandemie die Krankenhäuser, Pflegeheime und Kindertagesstätten am Laufen halten, fordern nun eine ordentliche Lohnentwicklung.

ver.di fordert für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen eine Anhebung der Einkommen um 4,8 Prozent, mindestens aber 150 Euro pro Monat, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Ausbildungsvergütungen und PraktikantInnenentgelte sollen um 100 Euro pro Monat angehoben werden. Erwartet wird die Ost-West-Angleichung der Arbeitszeit. Darüber hinaus soll in den Tarifverhandlungen das Thema der Entlastung der Beschäftigten behandelt werden. Die besonderen Themen des Gesundheitswesens und der Pflege werden an einem eigenen Tisch im Rahmen der Tarifrunde besprochen.

In Hamburg sind ca. 45.000 Beschäftigte von dieser Tarifrunde betroffen: die größten Bereiche sind Stadtreinigung, die UKE- und Asklepios Krankenhäuser, die Kitas (insbesondere Elbkinder), Behindertenwerkstätten, fördern&wohnen, Hamburg Port Authority, das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie sowie Kultur-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Bei fast allen sind die ArbeitgeberInnen - aufgrund besonderer Vereinbarungen - Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg.

Ab Freitag, 25.9., wurden Stadtreinigung und Hamburg Port Authority zu ganztägigen Warnstreiks aufgerufen, am Sonnabend folgten schwerpunktmäßig die Recyclinghöfe. Am Montag, den 28.9. folgten dann die Krankenhäuser, Kitas, Einrichtungen der Behindertenhilfe und der sozialen Dienste, am Dienstag der Hamburger Verkehrsverbund mit U-Bahnen und einigen Buslinien, die von Schichtbeginn bis mittags nicht fuhren.

VKA-Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath (für die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber) zeigt sich enttäuscht: „Die Gewerkschaften können nicht erwarten, dass zu diesem Zeitpunkt ein Angebot vorgelegt wird. Es wird Zeit, dass sie von ihren überzogenen Forderungen abrücken. Für die kommunalen Arbeitgeber ist die coronabedingte Situation nach wie vor schwierig – daran ändert auch das Konjunkturpaket der Bundesregierung nichts. Die Kommunen und kommunalen Arbeitgeber erwarten erst wieder 2023 wirtschaftliche Verhältnisse wie im vergangenen Jahr.“

Die Tarifverhandlungen werden am 22. und 23. Oktober 2020 fortgesetzt. Bereits vor der dritten Verhandlungsrunde finden weitere Gespräche

des Sparkassen- und des Gesundheitstisches statt. „Wir nutzen die Zeit, um auf der Arbeitsebene Themen vertieft zu besprechen. Wir wollen dann ein Angebot vorlegen und rechnen damit, dass wir in der dritten Runde endlich ein für alle Beteiligten wirtschaftlich tragbares Ergebnis erzielen werden. Dieses muss letztlich der schwierigen finanziellen Situation der kommunalen Arbeitgeber gerecht werden“, so Ulrich Mädge (Oberbürgermeister von Lüneburg und Präsident der VKA).

Damit die weiteren Verhandlungen keine "Null-Summen-Spiele" werden, bereiten sich die KollgInnen auf weitere Warnstreiks vor.

-ena

Grenzenlos Kolonialismus

Industrie und Widerstand

Ausstellung im Museum der Arbeit (https://shmh.de/de/museum-der-arbeit)

30. September bis April 2021

Hamburg war eines der wirtschaftlichen Zentren des europäischen Kolonialismus. Viele der Waren und Rohstoffe aus Kolonien, die über den Hafen in die Stadt gelangten, wurden in der hiesigen Industrie verarbeitet.

Die Menschen in den Kolonien gewannen Kautschuk, Öle, Kakao und Elfenbein für Hamburgs koloniale Industrie unter den Bedingungen einer rassistischen Gewaltherrschaft. Sie wurden versklavt, zur Arbeit auf Plantagen und in Karawanen gezwungen, ihrer Existenzgrundlage beraubt und vertrieben. Sie leisteten individuell und kollektiv Widerstand, sei es in Protesten oder Petitionen, durch Flucht, Sabotage oder mit der Waffe.

Eine Sonderausstellung im Museum der Arbeit widmet sich nun der Thematik und leistet einen Beitrag zur aktuellen Debatte über den Umgang Hamburgs mit seiner kolonialen Geschichte und zur Diskussion über die langfristigen Folgen kolonialer Herrschaftsstrukturen.

Erinnern für die Zukunft

Harburger Gedenktage 2020
26. Oktober bis 27. November 2020

Die Harburger Gedenktage erinnern an die Opfer und die Verfolgten des Nationalsozialismus, sie schauen aber auch auf die Gegenwart und die Zukunft, Extremismus, Diskriminierung und Verfolgung, Flucht und Vertreibung, Krieg, Selbstbehauptung und Widerstand sind auch aktuelle Themen.

Begleitet werden die Gedenktage vom von der Ausstellung: Die Kinder vom Bullenhuser Damm in der Bücherhalle Harburg. Ein Blick in das Programm (http://www.gedenken-in-harburg.de/) und der Besuch einzelner Veranstaltungen sollten sich lohnen.

Bericht von den Bezirksmitgliederversammlungen am 13.09. und 04.10.2020

Nach den Delegiertenwahlen und Strategiediskussionen im August ging es nun darum, daraus etwas für die anstehenden Parteitage der Hamburger LINKEN und der Bundespartei zu machen. Leider kamen nicht mehr so viele Genossinnen und Genossen, wenn keine Wahlen anstehen. Hier besteht in der Parteikultur noch Luft nach oben.

Die BMV am 13.09. begann mit der traurigen Nachricht vom Tod unserer geschätzten Genossin Christine Wolfram. Sichtlich erschüttert würdigten einige Genossinnen und Genossen sie als herzliche und kämpferische Mitstreiterin, die uns allen fehlen wird.

Der Einstieg fiel schwer. Ich bemühte mich um gefasste Worte zum anstehenden Parteitag auf Landesebene, da erfreulicherweise auch einige neue Gesichter dabei waren. Es entspann sich schließlich doch eine Diskussion zu den vorliegenden Leitanträgen. Viele meldeten sich zu Wort und bekundeten, dass ihr Herz für den alternativen Antrag schlage. Der Landesvorstand scheine zwar gelernt zu haben, aber neben einigen Fehltritten strahle der Antrag des Landesvorstandes mit seinem „Weiter so“ keine Tatkraft geschweige denn neue Dynamik aus. So entschied sich die BMV mit einem eindeutigen Votum für den alternativen Antrag einer Arbeitsgruppe aus unserem Bezirksverband als Grundlage der weiteren Beratung. Neben ein paar sprachlichen Verbesserungen wurde noch beschlossen, am Vorbild des LaVo-Antrags orientiert eine Auflistung der konkreten Vorhaben am Ende des Textes anzufügen. Nun ist es an uns, diesen Antrag in anderen Bezirksverbänden bekannt zu machen und zu zeigen, dass es Ideen und Gedanken für erweiterten Drive von Links gibt, für die und mit denen wir uns alle frei machen können von den Fängen des kapitalistischen Corona-Alltags. Der Antrag ist auf der Homepage zum Landesparteitag im Materialpaket ab Seite 16 nach dem des Landesvorstandes zu finden:

https://www.die-linke-hamburg.de/partei/landesparteitag/7-landesparteitag/erste-tagung-des-siebenten-parteitages/

Im Anschluss daran wurde noch die Unterstützung des Antrags „Frieden mit Russland ist Deutschlands Pflicht“ an den Bundesparteitag der Linken beschlossen. Dieser ist auf der Seite zum Bundesparteitag in Antragsheft 2 auf Seite 35 zu finden:

https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/erfurter-parteitag-2020/

Am gestrigen 04.10. widmeten wir uns in gewohnt konstruktiver Atmosphäre Änderungsanträgen an die Leitanträge auf Landes- und Bundesebene. Nach einer kurzen Würdigung ging es jeweils an die vorgelegten Änderungsanträge auf Grundlage der bisherigen Beschlüsse unseres Bezirksverbandes.

Eine Kontroverse entspann sich um die Frage, ob die Unterstützung der Anti-Corona-Maßnahmen des Hamburger Senats durch unsere Bürgerschaftsfraktion richtig war. Mit einem Änderungsantrag sollte die entsprechende Formulierung im Leitantrag gestrichen werden. In der Diskussion wurde angebracht, dass man als Notarzt nicht den größeren Rahmen diskutieren könne, sondern handeln müsse. Aber ist die Bürgerschaftsfraktion überhaupt so etwas wie ein Notarzt? Oder muss sie mit dem Senat Notarzt spielen, dessen Ziel die Rettung der Ausbeutung und des Konsums ist, und nicht ein würdiges Leben? Und selbst wenn: Ein verantwortungsvoller Notarzt muss nach dem Einsatz sagen: Wegen der Kürzungen im privatisierten Krankenhaus war die Ambulanz viel zu spät, außerdem fehlte dieses und jenes Material und die Fallpauschalen verhindern eine angemessene Weiterbehandlung des Patienten. So wurde mit ein paar textlichen Korrekturen auch dieser Änderungsantrag beschlossen. Ihr findet die Ursprungsfassungen in den Mails vom 01. und vom 02. Oktober über den BV-Mitte-Verteiler, die jeweils mit „Änderungsanträge“ im Betreff beginnen.

Neben einigen Ankündigungen, u.a. der Auftaktveranstaltung der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte am Freitag, den 09.10. um 14 Uhr auf dem Rathausmarkt, u.a. mit Esther Bejarano, wurde zuletzt der Wunsch geäußert, die verschiedenen Kandidaten für den Landessprecherposten zu einer Befragung vor dem Parteitag einzuladen, wie dies auch der BV-Altona macht. Hieran wird sich nun noch versucht.

Jetzt sind wir alle vorfreudig und gespannt auf die Parteitage. Mindestens die gewählten Delegierten können sich Gedanken machen, welche Anträge sie mit einbringen wollen - und sollten dies und sich ggf. unbedingt beim Vorstand melden, wenn sie nicht am Parteitag teilnehmen können, damit dieser Ersatzdelegierte informieren kann. Im besseren Fall kann noch eine Lösung gefunden werden, dass auch Gäste in Präsenz am Parteitag teilnehmen können und nicht in den Live-Stream verbannt werden, dann können wir alle direkt mitmischen, wie es sich für eine *lebendige Mitglieder- und Programmpartei* gehört.

Mit solidarischen Grüßen,
Alexander Benthin

Krankenhaus „Groß-Sand" muss bleiben!

Die 450 Mitarbeiter*innen und die Menschen im Stadtteil Wilhelmsburg und auf der Veddel bangen um den Erhalt des Wlhelmsburger Krankenhauses „Groß-Sand“. Die am Krankenhaus angegliederte Krankenpflegeschule mit 75 Ausbildungsplätzen ist bereits Ende September geschlossen worden.

Das katholische Krankenhaus ist laut diversen Medienberichten in erhebliche wirtschaftliche Schieflage geraten, hoch verschuldet und mit 200 Betten angeblich nicht überlebensfähig. Der Träger, das Erzbistum Hamburg der katholischen Kirche, sucht bisher offensichtlich erfolglos nach kirchlichen Partnern oder Käufern für die Klinik. Die politisch Verantwortlichen -sprich Senat und Bürgerschaft- sind jetzt gefordert den Erhalt des Krankenhauses in öffentlicher Hand zu sichern!

Das Krankenhaus „Groß-Sand“ ist das einzige Krankenhaus auf der Elbinsel. Es ist für die Versorgung von über 50 Tsd. Menschen in einem der zukünftig am stärksten wachsenden Stadtteile in Hamburg unverzichtbar. Die Notfallambulanz des Krankenhauses hat für den Stadtteil und die umliegenden Hafen- und Industriebetriebe eine zentrale Bedeutung. Das Hernienzentrum, die Geriatrie und die Frührehabilitation genießen einen sehr guten Ruf und sind unersetzlich.

Anstatt Schließung des Krankenhauses oder Degradierung zu einem Gesundheitskiosk ist ein Ausbau des Krankenhauses über das bestehende Leistungsspektrum hinaus notwendig, ergänzt durch eine leistungsfähige Poliklinik als Rückgrat der ambulanten Versorgung in Wilhelmsburg.

Maßgeblich verantwortlich für die „roten Zahlen“ von „Groß-Sand“ und für das bundesweite Kliniksterben ist weniger das Missmanagement der Kliniken als die Kommerzialisierung des gesamten Gesundheitswesens verursacht durch verantwortungslose neoliberale Politik. Die Einführung von Fallpauschen (DRGs) als wettbewerbliches Entgeltsystem und die Privatisierung von Krankenhäusern haben zu einem ruinösen Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern geführt. (Die Großen fressen die Kleinen). DIE LINKE fordert deshalb schon lange eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser. Das Fallpauschalensystem gehört abgeschafft! Private Krankenhäuser gehören kommunalisiert. Zu einer guten gesundheitlichen Versorgung gehören wohnortnahe Krankenhäuser und eine gute Notfallversorgung. Mit kranken Menschen darf kein Profit gemacht werden. Die Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand!

Die mögliche Schließung des Wilhelmsburger Krankenhauses wird inzwischen von zahlreichen Protesten im Stadtteil begleitet. So trifft sich regelmäßig eine Initiative „Groß-Sand Bleibt“ aus Beschäftigten, Pflegeschüler*innen und Menschen, die auf der Elbinsel wohnen oder arbeiten. Die Initiative hat u.a. eine Unterschriftensammlung gestartet. Der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg und der Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg haben sich gemeinsam mit 12 Thesen „Das Wilhelmsburg Klinikum Groß-Sand muss als Allgemeines Krankenhaus erhalten bleiben - Keine Schließung der Pflegeschule“ an die Öffentlichkeit gewandt. Ähnlich der Sozialverband Deutschland/ Landesverband Hamburg in einer Presseerklärung und Wilhelmsburger Ärzt*innen in einer Stellungnahme. Ein allgemeines Bekenntnis zum Erhalt von „Groß-Sand“ kommt auch von der lokalen Politik.

Eine Lenkungsgruppe, bestehend aus Behörde, Politik, Krankenkassen, Kassenärztlicher Vereinigung, Bistum und Krankenhausleitung soll nun eine Lösung finden. Skepsis ist hier angesagt, bleiben doch Krankenhausmitarbeiter*innen, Gewerkschaft und Gremien aus dem Stadtteil außen vor.

Für den Erhalt des Krankenhauses „Groß-Sand“ werden noch dicke Bretter gebohrt werden müssen. Aber wir fangen mit unserem Protest erst an! (jo)

Nachtrag:
Inzwischen hat die Initiative „Groß-Sand bleibt“ in kürzester Zeit über 9.000 Unterschriften für den Erhalt der Klink und der Krankenpflegeschule gesammelt. An einer Demonstration durch den Stadtteil beteiligten sich letzte Woche rund 500 Menschen. Darunter diverse GenossInnen nicht nur aus der BO-Wilhelmsburg.

Paulihaus:
Grundstücksdeal auf Kosten des Stadtteils und der Stadt

Von Heike Sudmann

Die Stadt Hamburg hat vor zwei Jahren ein zentral gelegenes Grundstück an der Budpaester Straße auf St. Pauli ohne öffentliche Ausschreibung einem Baukonsortium, das sich selbst den Namen "Paulihaus" verliehen hat, anhandgegeben. Auf dem schmalen Grundstück neben der Rindermarkthalle, wo ein Tonstudio und eine Kfz-Werkstatt sowie in einem weiteren eingeschossigen Flachbau das Restaurant Maharaja untergebracht waren/sind, soll ein sechsgeschossiger Büroklotz entstehen. Die Hintergründe für die Vergabe des Grundstücks sowie die begünstigten Personen und Firmen sind öffentlich nicht kommuniziert worden. Erst durch diverse Anfragen meinerseits an den Senat ist etwas Licht in das Dunkel gekommen. Doch leider hat das nicht gereicht, um die endgültige Grundstücksvergabe zu verhindern. Am 17. September 2020 hat die nichtöffentlich tagende Kommission für Bodenordnung dem Baukonsortium den Zuschlag gegeben. Dass das Grundstück im Erbbaurecht vergeben wurde, macht die Sache leider nicht besser.

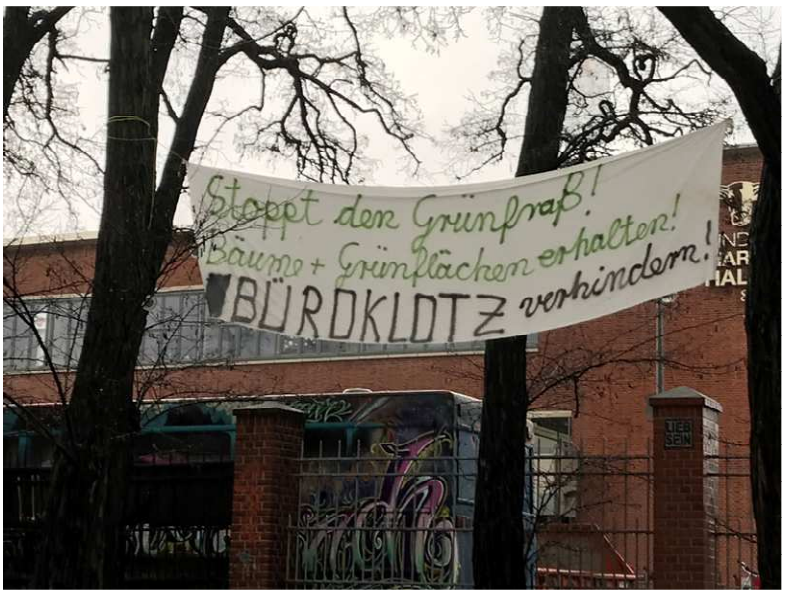
Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dirk Kienscherf, sieht das Ganze so: „Es ist im Interesse der Stadt, dass Grund und Boden wertsteigernd weiterentwickelt werden. Genau das passiert beim Paulihaus.“ (MOPO online, 17.9.2020). Dass diese wertsteigernde Entwicklung vom Stadtteil nicht gewollt ist, dass sie sich auch auf die Umgebung auswirkt und die Grundstücks- und Mietpreise in die Höhe treibt, will ich an dieser Stelle nicht vertiefen. Kienscherf &Co müssen sich jedoch fragen lassen, weshalb sie bereit sind, dem Baukonsortium nicht nur den roten Teppich auszurollen, sondern auch noch zig Millionen Euro aus Steuergeldern hinterherzuwerfen.

6,5 Mio. € ist der Betrag, den die Stadt für das Grundstück von dem Baukonsortium erhält. Theoretisch. Praktisch sieht es anders aus: Allein für die Herrichtung des Grundstücks an der Budapester Straße, also dafür, dass darauf neu gebaut werden kann, wird die Stadt bis zu 6 Mio. € bezahlen müssen (Verlegung von Sielen etc.). Weiterhin hat die Stadt Kosten für Altlasten- und Kampfmittelentsorgung zu übernehmen, die Höhe steht noch nicht fest. Fest steht jedoch, dass die Stadt 312.000 € Stellplatzablöse zahlt, weil durch die Pläne des Baukonsortiums Stellplätze der Rindermarkthalle verloren gehen. So was muss normalerweise der Verursacher bezahlen. Wegfallen werden auch die derzeitigen Mietzahlungen des Restaurants Maharaja, das dem Büroklotz weichen soll. Im Jahr beläuft sich die Miete auf 60.000 €.

Unterm Strich kann sich das Ganze also auch noch zu einem Minusgeschäft für die Stadt entwickeln. Konfrontiert mit diesem Risiko, sagen Kienscherf &Co, dass die Stadt doch nach 60 Jahren ein gut entwickeltes Grundstück zurückbekommt. Das ist echt der Hohn. Wer macht das Grundstück entwicklungsreif? Die Stadt. Wer zieht aus den erheblichen Mieteinnahmen im Laufe der 60 Jahre die Profite heraus? Das Baukonsortium. Würde die Stadt selbst bauen, würde sie nach der Refinanzierung der Baukosten die Ge-

winne einfahren. Der Großteil der Kosten wird sozialisiert, also von der Allgemeinheit getragen, die Gewinne werden privatisiert. Das ist eine tolle rot-grüne Politik!

Zu dem Baukonsortium gehörten ursprünglich Hamburg Team, STEG Hamburg und ARGUS Verkehrsplanung. Geschickterweise wurde dieser



Kreis um das Unternehmen Pahnke Markenmacherei erweitert. Die Markenmacherei ist aus der Werbeabteilung des Süßwaren-Riesen Storck in Berlin hervorgegangen, hat seit Jahren ihren Sitz in Hamburg, in der Nähe des Fleischgroßmarkts. Vermutlich aufgrund der Drohung, den Unternehmenssitz nach Berlin zu verlegen, bekam die Pahnke Markenmacherei Unterstützung der Stadt bei der Suche nach einem neuen Standort und wurde als Wirtschaftsförderungsfall anerkannt. Damit wurde es möglich, das Grundstück an der Budapester Straße ohne Ausschreibung an das Baukonsortium zu vergeben.

Die Stadtteilinitiative „St. Pauli Code jetzt“, die sich gegen den geplanten Büroklotz wendet, hat Interessantes zu ‚Pahnke Markenmacherei‘ herausgefunden. Der Hauptgesellschafter mit einem Anteil von 65% Anteil ist Axel Oberwelland. Herr Oberwelland wird auf der FORBES-Liste der reichsten Menschen weltweit auf Platz 437 mit einem geschätzten Vermögen von mehr als 4,5 Mrd. $ geführt, er gehört gleichzeitig zu einer der 100 reichsten Familien in Deutschland. Ihm gehört u.a. die Firma Storck (aus der die Markenmacherei hervorging). Hier ein älterer Artikel aus der Wirtschaftswoche https://www.wiwo.de/unternehmen/suesswarenhersteller-das-bittere-nasch-erbe-von-storck-chef-axel-oberwelland/5616410.html. Aber Geld spielt in Hamburg bei der Wirtschaftsförderung keine Rolle. Wie titelte die Die ZEIT so schön passend am 17.9.2020: „In Berlin Milliardär, in Hamburg Förderfall“. (Foto: hs)

Klausurtagung in Heideruh unter Hygienevorkehrungen

Vom 26.-27. September konnte die Klausurtagung der Linksfraktion Hamburg-Mitte wieder stattfinden. Die antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte in Heideruh ermöglichte das Zusammentreffen.

Auf der Tagesordnung standen die Corona-Pandemie und bisherige Auswirkungen des Virus und aktuelle Geschehnisse rund um die Bezirkspolitik in Hamburg-Mitte. Zu Beginn der Tagung wurde der kürzlich verstorbenen Fraktionärin Christine Wolfram mit einer Gedenkminute gedacht. Anschließend wurden relevante Themen aus den jeweiligen Stadtteilen besprochen und zusammengetragen. Gegenstand der Debatte war, wie vor allem in der Bezirksversammlung eigene Themen gesetzt werden können. Ein großer Diskussionspunkt dazu: „Das Prinzip Droßmann.“ Unter diesem Punkt verbirgt sich die Abnahme von Beteiligungen der BürgerInnen und weitere Handlungsmöglichkeiten der Fraktion dagegen. Im Anschluss tagte die Fraktion mit ihren gewählten Mitgliedern in kleiner Runde.

Polizeieinsatz gegen einen Minderjährigen im August in der Poolstraße

In der Poolstraße kam es im August bei einem Polizeieinsatz gegen den 15 jährigen K. zum Einsatz körperlicher Gewalt im Rahmen der Anwendung des unmittelbaren Zwangs. Zum Sachverhalt: K. fuhr mit einem E-Roller auf dem Gehweg und wurde vor Ort von einem Polizeibeamten angesprochen, da E-Roller nicht auf Gehwegen gefahren werden dürfen. K. wäre bereits in der Vergangenheit mehrmals von diesem Beamten angesprochen worden. Da K. keinen Ausweis dabei hatte, wurden weitere Beamte hinzugeholt. K. geriet in Panik und sollte sich auf den Boden legen. Da er der Aufforderung nicht nachkam, wurde K. durch mehrere Beamte zu Boden gebracht. Bevor K. zu Boden gebracht wurde, hielt eine Polizistin dem K. den Mund zu, wodurch dieser als Asthmatiker unter massiver Luftnot litt und in Panik geriet. Daraufhin eskalierte die Situation.

Der Vorfall wird inzwischen auch intern von der Polizei Hamburg untersucht. Die zu prüfende Frage ist, ob die Anwendung des unmittelbaren Zwangs gegen K. überhaupt noch verhältnismäßig, geboten, erforderlich, angemessen und somit rechtlich zulässig war. Auch im Rahmen der Anwendung des unmittelbaren Zwangs im Polizeirecht, sind m.E. genauso wie im Notwehrrecht im Strafrecht gerade bei Minderjährigen wie K. sogenannte sozialethische Grenzen zu beachten. Bei Angehörigen dieser Personengruppen ist körperliche Gewalt auch im Rahmen der Gefahrenabwehr wie auch im Notwehrrecht nur unter größtmöglicher Vorsicht anzuwenden. Dem K. wurde Widerstand gegen Vollzugsbeamte vorgeworfen. Sobald sich bei einem solchen Polizeieinsatz alles im Rahmen der rechtmäßigen Dienstausübung bewegt wäre die Anwendung des unmittelbaren Zwangs rechtmäßig. Wenn sich aber das Zuhalten des Mundes des K. als Asthmatiker als unverhältnismäßig und untunlich erweisen würde, wäre der objektive Tatbestand der Körperverletzung nach § 223 StGB gegeben. Körperverletzung wäre eine üble unangemessene körperliche Misshandlung und die Herbeiführung eines pathologischen Zustands bei K.. In der Öffentlichkeit wirken derartige Geschehnisse momentan auf Unbeteiligte als Gewalt.

Schon aufgrund der angespannten Lage wegen Covid 19 und den momentanen Grundrechtseinschränkungen nehmen die Menschen derartiges subjektiv anders wahr und schauen genauer hin. Während der Dauer der Covid 19-bedingten Grundrechtseinschränkungen kam es ja auch zu anderen polizeilichen Maßnahmen in Hamburg und auch zur Auflösung von Covid 19 Demonstrationen. Man könnte sich fragen, ob die Exekutive noch neutral ist. Der Laie beginnt dann, deshalb der Exekutive nicht mehr zu trauen und in der Bevölkerung nehmen die Widerstände zu. Über diesen Polizeieinsatz existieren inzwischen auch zahlreiche You Tube Videos im Internet. Bereits auch schon bevor Covid 19 da war, gab es in der jüngsten Vergangenheit landesweit bei derartigen oder ähnlichen Polizeieinsätzen spontan entstandenen Widerstand von Unbeteiligten gegen die Polizei. Dieses Phänomen muss soziologisch und psychologisch einmal von Fachleuten genauer untersucht werden.

Es entstanden ja durch die Covid 19 Einschränkungen 2020 derartig viele neue Probleme wie nie zuvor. Es wurden wichtige soziale Einrichtungen jeglicher Art geschlossen, so dass es sogar Bedürftigen verwehrt wurde, ihre gewohnten Hilfen wie etwa die Hamburger Tafeln oder ähnliches nutzen zu können. Für entsprechend Bedürftige die über ein sehr geringes Einkommen verfügen, ist es schon längst nicht mehr möglich die Lebensmittel im Einzelhandel zu kaufen. Tafeln und Einrichtungen der Obdachlosenhilfe müssen regulär geöffnet bleiben und es muss jederzeit die Versorgung von Bedürftigen mit Lebensmitteln auch unter den Bedingungen von Covid 19 möglich sein. Das leitet sich aus Art.1 GG ab, jenem Grundrecht, welches nicht einschränkbar ist. Der massive Lockdown bzw. dauerhafte Schließungen dürfen sich hier im Land so wie zurzeit niemals wiederholen. Auch Bedürftige haben einen sozialen Versorgungsanspruch zu jeder Zeit. Auch das Infektionsschutzgesetz und die jeweiligen erlassenen Rechtsverordnungen müssen das gewährleisten können.

Roberto Perez Hagen

Liebe GenossInnen und Genossen,
der Septemberausgabe war ein **Aufruf** verschiedener GenossInnen im Hinblick auf die Neuwahl unseres Landesvorstands beim Landesparteitag am 17./18.10. beigefügt. Ich bin gebeten worden, einen weiteren Aufruf hier zu veröffentlichen. Dieser Bitte folge ich gern, der Aufruf hängt der Netzausgabe an. Für eine gedruckte Fassung wende mensch sich an Alexander Benthin.
SoliGruß, Bernhard

Termine in (und für) Mitte

Bitte Corona bedingt auf gesonderte Einladungen achten.

Donnerstag,08.10., 18:30 Uhr
Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall
Am 9.10. ist es die 100. Mahnwache!

Montag, 12.10., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Dienstag, 13.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a
Neue Termine 2. + 4. Dienstag!

Mittwoch, 21.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 21.10., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 22.10, 17:30 Uhr

Sitzung der Bezirksversammlung
(wahrscheinlich wieder im Livestream)

Dienstag, 27.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

November 2020

Montag, 09.11., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Dienstag, 10.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Donnerstag, 12.11, 18:30 Uhr
Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 18.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 18.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Dienstag, 24.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder–Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:	Telefon	Mail
Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/		
Im Netz: http://www.die-linke-hamburg-mitte.de		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. Durch Förderung und Lenkung befähigt sie ihre Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs aller.“

aus der Präambel der Hamburgischen Verfassung (1952).

Auftaktveranstaltung der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

9.10.2020
auf dem Rathausmarkt
von 14:00-18:00 Uhr

Kundgebung mit Beiträgen, Grußworten, Kunstperformance, Film und Musik

Moderation: Burkhard Plemper

Unter Anderem mit:
Otfried Nassauer (BITS)
Zaklin Nastic (MdB DieLinke)
Esther Bejarano (Auschwitz Komitee)

Kunstinstallation und Performance mit Lavanya Honeyseeda und Axel Richter „Ruf der Ungeborenden“

Film: Wege des Stahls

Musik: Eduardo Macedo, Lampedusa Moongroove

STOPP!
Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

V.i.S.d.P.: Axel Richter, Johanna Zimmermann, Martin Dolzer, AK Friedenswissenschaft HAW, c/o FSR Soziale Arbeit, Alexanderstraße 1, 20099 Hamburg

Quo Vadis, DIE LINKE?

Wie links muss die LINKE sein, um wirksam zu kämpfen?

Erklärung von Hamburger Genossinnen und Genossen im Vorfeld unseres Landes- und unseres Bundesparteitages

1.

Wir erleben gegenwärtig, wie das kapitalistische System an seine inneren Grenzen stößt. Dieses System ist nicht dazu in der Lage, für die Mehrheit der Menschen auch nur grundlegende Lebensbedingungen zu gewährleisten. Soziale Absicherung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ernährung, sind auch für viele Menschen in den entwickelten Industrieländern nicht mehr garantiert. Aber auch die Grundlagen des Lebens – Umwelt und Klima – werden zerstört. Das kapitalistische System ist nicht nur selbst in der Krise, es führt zu einer elementaren Bedrohung für das Überleben von Millionen von Menschen.

2.

Dazu gehört die schwere Wirtschaftskrise, die lange vor Corona ihren Ausgangspunkt nahm. Erneut werden zahlreiche Menschen in Existenznöte und in die Erwerbslosigkeit gedrängt. Die Corona-Pandemie verschärft diese Wirtschaftskrise, ist aber nicht ihre Ursache. Die von den Bundes- und Landesregierungen veranlassten Konjunktur- und Infrastrukturprogramme sind zwar riesig, aber vollkommen einseitig auf eine Subventionierung und Unterstützung des großen Kapitals gerichtet. Dazu kommt eine strukturelle Krise der Kapitalverwertung, auf die die Herrschenden seit vielen Jahren mit neoliberaler Politik reagieren. Die enorme Konzentration des Reichtums in den Händen weniger führt zu einem Verlust von profitablen Verwertungsmöglichkeiten. Deshalb privatisieren sie öffentliches Eigentum, um auch dieses der Logik des Profits zu unterwerfen.

3.

Mit dem von der NATO ausgegebenen Ziel, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und damit auf 80 Milliarden Euro pro Jahr zu steigern, unterstützt die deutsche Regierung die Vormachtstellung und die Absicherung der Märkte und Ressourcen für das Kapital. In der Friedensfrage darf es für uns kein Wanken geben! Nicht nur, dass diese gigantischen Rüstungsausgaben uns allen schaden, die Signale stehen zugleich auf Sturm! Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts oder eines großen Krieges ist heute so groß wie lange nicht mehr. Die USA und ihre Verbündeten schüren Konflikte mit Russland und vor allem mit China, die sie als Konkurrenten für ihre eigene Weltherrschaft sehen. Als Linke können wir unter keinen Umständen diesen Konfrontations- und Kriegskurs direkt oder indirekt befördern. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zu Waffenexporten. Die LINKE kann keine Manöver an den Grenzen Russlands oder in anderen Konfliktherden sowie keine Waffenlieferungen über den Hamburger Hafen dulden. Die in unserem Parteiprogramm festgehaltene Forderung nach Auflösung der NATO und ihrer Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat, ist heute so aktuell wie 2011.

Als LINKE stehen wir für Frieden. Kompromisslos.

4.

Es reicht nicht mehr aus, innerhalb dieses Systems nur über Veränderungen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nachzudenken, Missstände anzuprangern und zu dieser und zu jener Frage parlamentarische Initiativen zu starten. Linke Politik muss heute umso mehr verdeutlichen, dass der Kapitalismus selbst das Problem ist. Denn dieses profitgetriebene System kann die sozialen und andere grundlegende Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen nicht mehr sichern. Es muss überwunden werden.

5.

Es gibt bereits Felder der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in denen diese Perspektive aufgetan wird. Nicht nur in Berlin, auch in Hamburg taucht die Forderung nach einer Enteignung der großen Immobilienfirmen auf. Die Umweltbewegung fordert „System Change, not Climate Change“. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums oder fordern dessen Rekommunalisierung. Doch in vielen Auseinandersetzungen spielen die Eigentumsverhältnisse noch eine untergeordnete Rolle. Wir sind Teil großer Bewegungen um Menschenrechte, Demokratiefragen, Rechtsentwicklung, gegen Rassismus. Diese Bewegungen sind wichtig und müssen unsere Unterstützung haben! Doch die Skandalisierung dieser Erscheinungen muss bei uns mit dem Ziel verbunden sein, diese Unmenschlichkeit grundlegend zu überwinden.

6.

Die nicht nur zyklische, sondern auch strukturelle Wirtschaftskrise wird zu großen sozialen Verwerfungen führen, aber auch zu gewaltigen Klassenkämpfen. Von oben haben diese bereits begonnen. Soziale Fragen stehen deshalb – neben unserem Engagement für den Frieden – an erster Stelle unseres politischen Handelns. Aber auch hier kommt es darauf an, dass wir die Entwicklungen nicht nur kommentieren, mediale Statements abgeben oder uns auf parlamentarische Initiativen beschränken. Wir müssen uns vor allem außerparlamentarisch einmischen und selbst stärker zum Akteur sozialer und politischer Klassenkämpfe werden.

Der Offensive des Kapitals müssen wir eine soziale Offensive von unten entgegensetzen. Darin muss der Schwerpunkt aller Aktivitäten liegen. In der Partei. In den Fraktionen. Unsere Organisationsstrukturen und die Verteilung finanzieller Ressourcen müssen entsprechend angepasst werden.

7.

Das ist nicht nur eine Frage einzelner Kampagnen, mit denen wir auf Ungerechtigkeiten in der Rente, in der Pflege, auf den Mangel an bezahlbaren Wohnraum oder ähnliches hinweisen. Wir müssen darüber hinaus viele Fragen neu beantworten: Wie arbeiten wir in Gewerkschaften? Wie unterstützen wir Kolleg*innen bei ihren betrieblichen Kämpfen? Wie arbeiten wir, damit sich arbeitende Menschen und sozial Deklassierte bei uns besser einbringen können? Wie initiieren wir selbst soziale Proteste? Wie stellen wir die Eigentumsfrage konkret?

Wie verbinden wir die Auseinandersetzungen in den Bezirksversammlungen, in der Bürgerschaft, in unseren Stadtteilgruppen mit unseren grundlegenden politischen Zielen? Und wie entwickeln wir die dazu notwendige politische Bildung, die uns überall in der Partei fehlt?

8.

Klar: Eine Partei wie DIE LINKE muss auch unter den gegenwärtigen Bedingungen für konkrete Verbesserungen streiten. Klar ist uns ebenfalls, dass sich der Kapitalismus nicht auf Knopfdruck abschaffen lässt. Für die Rettung lebenswichtiger Ökosysteme und die Vermeidung großer Kriege müssen wir im Hier und Jetzt streiten! Doch reale Fortschritte – auch innerhalb dieser kapitalistischen Gesellschaft – lassen sich nur erkämpfen, wenn wir diese Kämpfe mit unserer Perspektive einer besseren, einer sozialistischen Welt verbinden. Wie uns dies besser gelingen kann, das muss Gegenstand ernsthafter strategischer Beratungen werden, die wir für die LINKE, aber auch darüber hinaus, anschieben müssen.

9.

Wir müssen unsere Forderungen zuspitzen. Wir akzeptieren keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir fordern Abrüstung statt Aufrüstung. Wir kämpfen für einen sozial-ökologischen Umbau dieser Gesellschaft. Dafür müssen in einem ersten Schritt die Automobilindustrie und die Energiekonzerne unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Wir wollen die Vermögenskonzentration und Einkommensspaltung aufheben. Wir kämpfen für eine Rekommunalisierung aller Bereiche der Daseinsvorsorge sowie für Sanktionsfreiheit und eine Mindestsicherung, die diesen Namen verdient. Ein Mietendeckel wäre begrüßenswert, aber das reicht uns nicht. Wir fordern Miethöchstgrenzen und eine vollständige Regulierung des Wohnungsmarktes sowie die Überführung von immer mehr Wohnraum in öffentliches Eigentum. Öffentlicher Grund und Boden darf nicht mehr privatisiert werden. Wir kämpfen für einen massiven Ausbau des Gesundheitswesens, aus dem die Profitorientierung beseitigt wird. Wir kämpfen für massive öffentliche Investitionen im öffentlichen Nahverkehr, in Bildung und Wohnungsbau.

Um diese und andere Schritte durchzusetzen, müssen die Reichen zur Kasse gebeten werden. Aber höhere Vermögenssteuern reichen dafür nicht. Wir müssen vor allem für eine Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse streiten: durch erweiterte Streik- und Tarifrechte, durch eine Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge, durch höhere Löhne und ein Ankurbeln der Binnennachfrage, durch eine vollständige Regulierung der Arbeitsmärkte. Wir kämpfen für einen Mindestlohn, der diesen Namen verdient. Wir kämpfen für massive Arbeitszeitverkürzungen und eine vollständige Regulierung der Arbeitsmärkte. Werk- und Leihverträge gehören sofort abgeschafft.

10.

Wir sind Antifaschisten. Aber Antifaschismus ist mehr als nur gegen Nazis zu sein. Antifaschismus bedeutet, dem Erstarken neofaschistischer und rassistischer Kräfte die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen. Die etablierten Parteien, die den Konzernen alles überlassen, haben die Unzufriedenheit und das Misstrauen erhöht, wie auch Abstiegsängste, soziale Ungleichheit und die Verrohung der Gesellschaft dadurch zugenommen haben. Neoli-

berale Politik bereitet so den Nährboden, auf dem Rassismus und andere Ideologien der Diskriminierung gedeihen können. Für uns gilt: Keinen Fußbreit den Rassisten und Faschisten! Rassismus und Diskriminierung können wir aber nur überwinden, wenn wir ihre gesellschaftlichen Ursachen beseitigen. Wenn wir knebelnde Freihandelsverträge, in denen die Gewinne privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden, bekämpfen. Wenn wir Ausbeutung, auch neokoloniale Ausbeutung, die dazu führt, dass immer mehr Menschen flüchten müssen, wenn wir die soziale Spaltung auch hierzulande überwinden. Wenn wir Kriege und Wirtschaftskriege verhindern. Wir fordern das Verbot aller neofaschistischen Organisationen. Wir fordern die vollständige Wiederherstellung des Asylrechts. Wir fordern gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben. Genauso wie wir uns gegen die geschlechtliche Diskriminierung oder gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen wehren. Dies kann uns aber nur gelingen, wenn wir diese Kämpfe als soziale Kämpfe, als einen Teil unserer gemeinsamen Kämpfe gegen das Kapital begreifen.

11.

Der Neoliberalismus ist gescheitert. Die politischen und ökonomischen Eliten wollen es nur nicht wahrhaben. Wir können seinen Abgang beschleunigen! Gegen den Neoliberalismus braucht es eine Phalanx. Es braucht nicht nur eine soziale Idee, ein Parteiprogramm, nicht nur den einen oder anderen Antrag im Parlament, sondern eine soziale Offensive gemeinsam mit allen Menschen guten Willens.

12.

Statt auf rot-rot-grün und eine Regierungsbeteiligung im neoliberalen System zu hoffen, sollten wir gesellschaftliche Bündnisse schließen. Halten wir dazu fest: Alle Experimente in den letzten 30 Jahren in Europa in bürgerliche Regierungen einzutreten sind am Ende restlos gescheitert. Nirgendwo konnte auf diese Weise neoliberale Politik ausgebremst werden. Doch darum geht's ja auch: Entweder Kämpfe auf der Straße und in den Betrieben organisieren und als Opposition, als Widerstandskraft bemerkt werden oder unglaubwürdig das Programm verlieren und untergehen.

Viele Menschen fordern inzwischen mehr öffentliche Verantwortung, mehr bezahlbaren Wohnraum, das Schleifen der Schuldenbremse, ein Ende der Privatisierungspolitik, von Bundeswehreinsätzen im Ausland sowie der Steigerung des Rüstungsetats. Viele Menschen sind gegen die Austrocknung der Sozialsysteme. Sie lehnen es ab, dass Milliarden in die Taschen großer Konzerne gehen, die dann Arbeitsplätze abbauen, während sie ihre Aktionäre mit saftigen Dividenden versorgen.

Für diese Ziele gibt es gesellschaftliche Mehrheiten, auch wenn wir sie in den Parlamenten noch nicht haben. Diese Mehrheiten müssen über soziale Proteste, Volksinitiativen, Demonstrationen und Streiks mobilisiert werden. Allein von der Entfaltung solcher Kämpfe hängt es ab, ob die gesellschaftliche Entwicklung nach rechts oder nach links gehen wird. Um besser einzugreifen, müssen wir uns dafür zu einer lebendigen Mitglieder- und Programmpartei fortentwickeln. Lasst uns dieses Land verändern! Beginnen wir damit in Hamburg. Beginnen wir damit in unserer eigenen Partei!

Hamburg, 17.09.2020

Erstunterzeichnende:

Nilüfer Aydin (BV Mitte), Alexander Benthin (BV Mitte), Gunhild Berdal (BV Mitte, AG FIP, AG Studierendenpolitik, KPF), Hildegard Blum (Mitglied des Sprecherrates der Stadtteilgruppe HH-Langenhorn, Mitglied des Bezirksvorstandes HH-Nord, Delegierte zum Landesparteitag), Naomi Bruhn (BV Altona), Martin Dolzer (BV Mitte), Kristian Glaser (BV Mitte), Holger Griebner, Andreas Grünwald (Stadtteilgruppe Wilhelmsburg), Klaus Hagen (BV Altona, Stadtteilgruppe Bahrenfeld), Bernd Hartz (Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost), Franziska Hildebrandt (BV Mitte, DieLinke.SDS Uni Hamburg), Nicola Hofediener (BV Mitte, Bezirksorganisation Billstedt, aktive Sozialbegleiterin bei neoliberaler Behördenwillkür), Helli Laab, Heinz-Dieter Lechte (BV Altona, Bildungsbeauftragter, Redakteur ALiNa, Teamer Marxismus-Grundlagenkurs), Ulrik Ludwig (KPF-CZ), Florian Muhl (BV Harburg, Vertreter des Jugendverbands im Landesvorstand 2018-20), Jürgen Olschok (BV Mitte), Ralf Peters (BV Eimsbüttel), Bosse Daniel Reimann (BV Altona), Hartmut Ring (BV Hamburg Nord, für den Hamburger Landesverband im Bundesausschuss), Tilman Rosenau (BV Mitte), Maureen Schwalke (Landesparteitagsdelegierte, Ersatzdelegierte Bundesparteitag, Mitglied in mehreren Ausschüssen und Beteiligungsgremien), Lena Schweder (BV Altona), Roland Wiegmann (MdBV Eimsbüttel), Ronald Wilken (BO-Wilhelmsburg/Veddel), Mehmet Yildiz (MdHB)

Weitere Unterstützerinnen und Unterstützer unserer Erklärung, findest Du hier:

http://quo-vadis-die-linke.de/unterstuetzerinnen-und-unterstuetzer-unserer-erklaerung/

Möchtest auch du diese Erklärung unterstützen?

Bitte sende uns dafür dann entweder eine Mail oder – und noch besser – verwende dafür unser Eingabeformular auf unserer Webseite:

http://quo-vadis-die-linke.de